



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im

Die politische Lage in Deutschland Vaterlandslose Gesellen?

Opposition schadet parlamentarischer Demokratie

In dieser Woche überlagert ein Thema die politischen Debatten in Deutschland: „Stuttgart 21“. Die Auseinandersetzung um den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs hat mittlerweile ein Ausmaß erreicht, das jede sachliche Befassung mit dem Thema in den Hintergrund geraten lässt. Worum geht es eigentlich? Es geht um nichts Geringeres als die Zukunft unseres Landes! Deutschland verdankt seine Wettbewerbsfähigkeit und seinen Wohlstand maßgeblich seiner hervorragenden Infrastruktur. Diese Infrastruktur wollen wir erhalten und ausbauen. Zu den Infrastrukturprojekten von nationaler Bedeutung gehört auch das Projekt „Stuttgart 21“, mit dem in der baden-württembergischen Landeshauptstadt ein unterirdischer Durchgangsbahnhof entstehen und – unter Einbeziehung des Stuttgarter Flughafens – an eine neue ICE Strecke zwischen Wendlingen und Ulm angeschlossen werden soll. Mit der Umsetzung dieses Projekts wird eine bedeutende Lücke in der wichtigen europäischen Eisenbahnachse Paris-Stuttgart-Wien-Bratislava geschlossen. Zugleich erhält die Landeshauptstadt eine große städtebauliche Chance. Beim Bau des heutigen Bahnhofs wurde Stuttgart in seiner Mitte zerteilt. Mit „Stuttgart 21“ kann dies nun rückgängig gemacht werden. Die Stadt erhält zusätzliche Entwicklungsräume und durch eine beträchtliche Erweiterung des Schlossgartens und des Rosensteinparks eine neue „grüne Lunge“.

„Stuttgart 21“ ist über zehn Jahre hinweg intensiv erörtert worden. 60 Varianten wurden in diesem Zeitraum geprüft und als unzumutbar verworfen bis die heute gültige Fassung feststand. Zehntausende Eingaben – manche sprechen sogar von bis zu 136.000 Petitionen – wurden von Bürgern und Verbänden vorgebracht, geprüft und in die Planung einbezogen. Die Gegner des Stuttgarter Großprojektes suggerieren dagegen weiterhin, Planung und Beschlussfassung seien quasi über Nacht in Hinterzimmern „ausgekungelt“ worden. Von einer mangelnden Bürgerbeteiligung oder einem vorschnellen, unüberlegten Durchpeitschen einer missliebigen Infrastrukturmaßnahme kann aber keine Rede sein. Für die von den Gegnern des Projekts eilig vorgeschlagene „Alternative“ gibt es hingegen keine Planung und keine Finanzierung. Der dringend notwendige Ausbau der Infrastruktur im Raum Stuttgart würde auf unbestimmte Zeit aufgeschoben. Baden-Württemberg, das dank seiner starken Wirtschaft und Bildung einer der Wachstumsmotoren unseres Landes ist, würde vom Verkehr abgehängt. Das können wir uns auch als Bund nicht leisten.

Seitdem im Jahre 1995 der Grundsatzbeschluss zu „Stuttgart 21“ getroffen worden ist, stand das Vorhaben viele Male auf der Tagesordnung der betroffenen Parlamente. Auch die baden-württembergischen Sozialdemokraten haben dem Projekt im Stuttgarter Landtag viele Male zugestimmt. Heute wollen sie von ihren Beschlüssen nichts mehr wissen. Die ehemals staatstragende SPD hat damit auf Bundes- wie auf Landes-

ebene gänzlich versagt. Die Sozialdemokraten verabschieden sich damit vollends vom Anspruch auf eine verantwortungsvolle Politik. Sigmar Gabriel bringt sogar das Kunststück fertig, auf einer Pressekonferenz gleichzeitig für und gegen „Stuttgart 21“ zu sein! Von den Umfragewerten der Grünen getrieben, schlagen Gabriel und seine SPD Haken wie die Hasen. Ein weiteres Beispiel hierfür ist das Thema Integration. Nach Jahrzehnten wirren Multikulti-Geredes tönt Gabriel jetzt Binsenweisheiten über integrationsunwillige Einwanderer in die Mikrofone, als habe er das eben erst entdeckt. Dabei weisen wir schon seit vielen, vielen Jahren auf das von den Sozialdemokraten bislang gelegnete Problem hin. Die SPD hängt ihr Fähnchen in den Wind und versucht, sich mit billigem Populismus bei den Menschen anzubiedern. Sie gäbe sich damit der Lächerlichkeit preis – wenn sie überhaupt noch jemand in Deutschland ernst nehmen würde! Widersprüche prägen auch die Haltung der Grünen zur Modernisierung unseres Landes. Sie sind gegen das Auto und mit „Stuttgart 21“ zugleich gegen ein Bahnprojekt, durch das sich pro Jahr eine Milliarde Pkw-Kilometer und 175.000 Tonnen CO₂ einsparen lassen. Wirklich überraschend sind diese Widersprüche allerdings nicht. Zwar schienen die Grünen nach vielen Jahren anarchischen Blindflugs wenigstens teilweise auf realpolitischem Boden gelandet zu sein. Es zeigt sich nun aber, dass sie scheinbar doch nie in der Wirklichkeit einer rechtsstaatlichen sozialen Marktwirtschaft angekommen sind. Sie organisieren lautstark die „Dagegenrepublik“. Auf alle Fragen, die uns heute umtreiben haben sie keine Antworten. Sie wissen nur, was sie *nicht* wollen. Von der Linkspartei dagegen erwartet man ohnehin nichts anderes. Schließlich streben die SED-Nachfolger grundsätzlich die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie an.

Und das wird Ihnen auch gelingen, wenn die versammelte Opposition weiter versucht, mehrheitlich getroffene und juristisch einwandfreie Entscheidungen durch den Druck der Straße in Frage zu stellen. Sie unterhöhlen so das parlamentarische System und damit – letztlich – Ihre eigene Arbeit. Und sie gefährden den Industrie- und Wirtschaftsstandort Deutschland! Tausende Arbeitsplätze sind in Gefahr, wenn sich Unternehmen und Investoren nicht mehr auf ein gewisses Maß an Rechtssicherheit in Deutschland verlassen können.

Die CDU ist dagegen die Volkspartei mit einer Verantwortung für das Ganze. Wir machen Politik mit Blick auf die Zukunftschancen des gesamten Landes und wollen nicht, dass diese durch den Druck Weniger verloren gehen, die ihre abweichende Meinung dann als Protest auf die Straße tragen, wenn sie in den Parlamenten niemanden zu überzeugen vermochten. Wir stehen deshalb geschlossen hinter dem Projekt „Stuttgart 21“. Auch, weil es mittlerweile um mehr geht, als um einen Bahnhof. Es geht um Recht und Rechtsstaatlichkeit in Deutschland. Und es geht um unsere parlamentarische Demokratie!

Die Woche im Parlament

In dieser Woche unterrichtete uns die Bundesregierung über die **Hightech-Strategie 2020 für Deutschland**. Es handelt sich um die Fortsetzung und Weiterentwicklung der erfolgreichen „Hightech-Strategie für Deutschland“ aus der letzten Legislaturperiode, mit der erstmals eine nationale Innovationsstrategie über alle Ressorts und Politikfelder hinweg entwickelt wurde. Die „Hightech-Strategie 2020 für Deutschland“ ist ausgerichtet auf die fünf Bedarfsefelder Klima/Energie, Gesundheit/Ernährung, Mobilität, Sicherheit und Kommunikation. Sie ordnet den Bedarfsefeldern jeweils bestimmte Zukunftsprojekte zu.

Nach Daten des Mikrozensus leben derzeit bis zu 300.000 zugewanderte Akademiker in Deutschland, deren ausländische Hochschulabschlüsse bei uns nicht anerkannt werden. Mit unserem Antrag **Ausländische Bildungsleistungen anerkennen – Fachkräftepotentiale ausschöpfen** fordern wir die Bundesregierung auf, für ihren Zuständigkeitsbereich eine Regelung für ein vereinfachtes sowie zügiges Bewertungs- und Anerkennungsverfahren für im Ausland erworbene Bildungsabschlüsse und formal nachgewiesene Qualifikationen vorzulegen. Die Bundesregierung arbeitet bereits intensiv an einer solchen Regelung. Zudem soll ein Rechtsanspruch auf Feststellung von im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen auf der Grundlage des deutschen Bildungs- und Ordnungsrahmens geschaffen werden.

Die Todesstrafe ist eine grausame und unmenschliche Strafe, die gegen das Recht auf Leben und die Menschenwürde verstößt. Mit unserem Antrag **Todesstrafe weltweit ächten und abschaffen** fordern wir die Bundesregierung auf, die Initiativen für die weltweite Ächtung der Todesstrafe voranzutreiben und sich in allen damit befassten Gremien sowie in bilateralen Gesprächen weiterhin dafür einzusetzen, dass die Todesstrafe abgeschafft wird.

Ziel unseres Antrages **Kulturtourismus in Deutschland** ist es, das reichhaltige kulturelle Angebot in Deutschland besser für den Kulturtourismus nutzbar zu machen. Wir fordern die Bundesregierung auf, zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Kultur- und der Tourismusbranche beizutragen und mangelndes gegenseitiges Verständnis abbauen zu helfen. Vorgeschlagen werden u. a. ein gemeinsames Kulturtourismuskonzept, die Auslobung eines Wettbewerbs „Kulturregion Deutschland“ und die Schaffung einer Plattform für kulturtouristisches Marketing.

Mit dem in 2. und 3. Lesung verabschiedeten **Gesetz zur Änderung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes** werden Unklarheiten bei der SED-Opferentschädigung beseitigt und punktuelle Verbesserungen vorgenommen. So wird etwa durch Änderung bei der Feststellung der Bedürftigkeit die Benachteiligung von Anspruchsberechtigten mit Kindern für die Opferrente für politisch Verfolgte in der SBZ/DDR aufgehoben.

In 2. und 3. Lesung stand die Verabschiedung des **Neunten Gesetzes zur Änderung des Bundeslmissionschutzgesetzes** an, mit dem die erforderlichen Rechtsverordnungsermächtigungen zur Einführung von E10-Kraftstoff geschaffen werden.

Militärische und zivile Auslandsverwendungen in Konfliktgebieten und Krisenregionen wie z.B. in Afghanistan sind mit besonderen Gefahren für das eingesetzte Personal verbunden, die nicht mit den Risiken bei normalen dienstlichen Tätigkeiten im Inlandsdienst gleichgesetzt werden können. Mit unserem Antrag **Verbesserung der Regelungen zur Einsatzversorgung** wollen wir erkannte Lücken bei der Versorgung schließen, um den im Einsatz verwehrten und gefallenen Soldaten sowie zivilen Mitarbeitern und deren Hinterbliebenen bestmögliche soziale Absicherung zu gewährleisten.

Daten und Fakten

20 Jahre deutsche Einheit: 20 Jahre nach der Wiedervereinigung sind die Lebensverhältnisse im Osten Deutschlands sehr viel besser, als dies unmittelbar nach der Wende der Fall war. So verdreifachte sich im Osten das Brutto-

inlandsprodukt pro Arbeitnehmer von 16.000 Euro im Jahr 1991 auf 49.000 Euro im Jahr 2009, während es im Westen von gut 45.000 auf 62.000 Euro zulegte. War die Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen nach der Wende im Westen noch 2,8-mal so hoch wie im Osten, so ist sie jetzt nur noch 1,3-mal so hoch. Im selben Zeitraum stieg der durchschnittliche Stundenlohn in den neuen Bundesländern von 10,02 auf 21,57 Euro. Insgesamt haben die Sanierung der DDR-Wirtschaft und die Einbeziehung der Ostdeutschen in die Sozialsysteme der Bundesrepublik einen Nettobetrag von 1,7 Billion Euro gekostet. Von gleichwertigen Lebensverhältnissen kann aber auch im zwanzigsten Jahr der deutschen Einheit noch nicht die Rede sein. So betrug die Erwerbslosenquote im Jahresdurchschnitt 2009 im alten Bundesgebiet 6,4 %, in den neuen Ländern und Berlin 12,6% (Bundesdurchschnitt 7,7%). Auch der Anteil der Personen, die Hartz-IV-Leistungen erhalten, war 2008 in den neuen Ländern und Berlin mit 17,2 % noch rund doppelt so hoch wie in den alten Ländern mit 8,4 %. Mit 21,57 Euro lag ferner der durchschnittliche Stundenlohn im Osten noch immer deutlich unter dem im Westen von 27,13 Euro.

(Quellen: Statistisches Bundesamt und Institut für Wirtschaftsforschung)

Nur noch 3 Millionen Arbeitslose: Die Arbeitslosenzahl ist im September auf rund drei Mio. gesunken. Das sind insgesamt 315.000 weniger als noch im Vorjahr. Im gleichen Zeitraum nahmen auch die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu. So verzeichnete die Zahl der Erwerbstätigen ein Plus von 114.000 und lag mit 40,47 Mio. um 193.000 höher als noch im Vorjahr. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung lag im Juli bei 27,67 Mio.; gegenüber dem Vorjahr war das eine Zunahme um 353.000. Auch die gemeldeten Arbeitsstellen legten mit einem Anstieg von 96.000 auf 398.000 Arbeitsstellen stark zu. Demgegenüber sank die Kurzarbeit deutlich: Im Juli wurde an 288.000 Arbeitnehmer konjunkturelles Kurzarbeitergeld gezahlt. Das waren 111.000 weniger als im Juni und 927.000 weniger als noch vor einem Jahr. Gegenüber dem Höhepunkt vom Mai 2009 hat sich die Kurzarbeit damit um fast vier Fünftel vermindert.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Konsumklima auf Drei-Jahres-Hoch. Der von der Gesellschaft für Konsumforschung berechnete Konsumklimaindex ist im September mit 53,5 Punkten auf den höchsten Stand seit drei Jahren gestiegen. Ihre Ursachen hat diese deutliche Verbesserung der Verbraucherstimmung nicht nur im konjunkturellen Aufschwung und in sinkenden Arbeitslosenzahlen, sondern auch in einem moderaten Preisklima: So verzeichnete die Teuerungsrate im September nur ein Plus von 1,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Bundesbürger sehen die deutsche Wirtschaft auch in den nächsten Monaten weiterhin auf klarem Erholungskurs. Mit insgesamt 53,5 Zählern erreichte die Konjunkturerwartung den höchsten Stand seit drei, die Einkommenserwartung mit 45, 2 Punkten sogar den höchsten Stand seit zehn Jahren. Desweiteren stieg die Anschaffungsneigung um 2,8 Punkte auf einen Wert von 30,7 Punkten, was deutlich über dem langjährigen Durchschnittswert von 0 Punkten liegt.

(Quellen: Gesellschaft für Marktforschung und Statistisches Bundesamt)



**Landesgruppe
Niedersachsen**

CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Vorsitzender:

Michael Grosse-Brömer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 – 227 79498

Fax: 030 – 227 70139

Email: stefan.krueppel@cducsu.de

Internet: www.lg-nds.de